

SPD-Ortsverein Weilburg

Presseinformation vom 09.06.2010

Weilburger SPD fordert einen „kommunalen Armutsbericht“

Auch hier leben viele Menschen am Existenzminimum

Harte Kritik an den Regierungen in Wiesbaden und Berlin

Die Erstellung eines kommunalen Armutsberichtes fordern die Weilburger Sozialdemokraten, um aufzuzeigen, wie viele Menschen auch in unserer Stadt am Existenzminimum leben. Auch in Weilburg gibt es Stadtviertel mit einem hohen Anteil von Menschen, die am Existenzminimum leben. Nur damit ist eine seriöse Diskussion über die Größenordnung und Bedeutung des Armutsproblems möglich. Karl-Peter Wirth, der Weilburger SPD-Vorsitzende, kennt als ausgebildeter Diplom Sozialpädagoge die schwierige Situation von Hilfsbedürftigen. Hart kritisiert er deswegen die Regierungen in Wiesbaden und Berlin, die eine Umverteilungspolitik von unten nach oben betreiben, die jetzt auch bei den Kommunen ankomme.

Elterngeld ade!

Mit dem Elterngeld wollte die christlich-liberale Koalition in Berlin die Bedingungen für junge Familien deutlich verbessern. Auch Vätern sollte die Gelegenheit geboten werden mehr an gemeinsamer Zeit mit ihren Kindern zu verbringen – ein Schritt zu einer aktiveren Vaterschaft. Müttern sollte diese Entwicklung helfen, wieder schneller in ihren Beruf zurückzukehren. Alles Schall und Rauch, meint der Sozialdemokrat, nach der aktuellen Kürzungs-Nachricht aus Berlin mit der vollständigen Streichung dieser Unterstützung für Hartz-IV-Empfänger

Die ausgebetene Parole "Intelligent sparen" trifft nun auch die empfindlichen Bereiche der Familienpolitik und wird damit zu einer Posse. Familienministerin Kristina Schröder ist nach Beurteilung der Weilburger SPD die große Verliererin der jetzigen Sparrunden, weil große Teile ihres Haushalts zusammen gestrichen wurden. Die besagte Strategie wird damit, so Ortsvereinsvorsitzender Karl-Peter Wirth, zu einem einfachen und „dummen Sparen“ auf Kosten von die Familien, die die Ministerin sonst als "das stabile Fundamente unserer Gesellschaft" bezeichnet.

Wirth untermauert, dass in Deutschland jede fünfte Familie inzwischen nur noch aus einem allein erziehenden Elternteil besteht und der Begriff "Familie" sich somit gewandelt hat. Davon sind 90 Prozent der alleinerziehenden Frauen, von denen ein Großteil erwerbstätig ist. Diese Bevölkerungsgruppe trifft die restriktive Familienpolitik besonders hart, meint der Weilburger Sozialdemokrat. Nach dem Masterplan der Stadt Weilburg ist liegt hier die Kinderarmut bei rund 17 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren, im Landesdurchschnitt sind dies nur 15 Prozent.

Mit der Forderung nach einem kommunalen Armutsbericht sind sich die Sozialdemokraten auch mit dem Kreisverband des "Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands e. V.". (VdK) einig, deren Vorsitzende Brigitte Gruber aus Odersbach dies ebenfalls seit langem fordert. Auch in Weilburg wird eine solide Grundlage benötigt, um Hilfsbedarfe feststellen zu können. Die Weilburger Sozialdemokraten, so Karl-Peter Wirth wollen die sozialen Kürzungen auf Landes- und Bundesebene keinesfalls hinnehmen und den politischen Druck dagegen verstärken, so ihre klare Ankündigung.